

Indem Israel das internationale Recht ignoriert, schadet es nur sich selbst

von Ruth Gavison¹

Die international renommierte Jerusalemer Rechtsprofessorin Ruth Gavison gibt sich keinen Illusionen über die Zusammensetzung des UN-Menschenrechtsrates hin, zu dem Staaten gehören, deren demokratische Verfahrensweisen in starkem Zweifel stehen. Desto eindringlicher ist ihre Kritik an der israelischen Politik, die sich einer eindeutigen Beurteilung zur Legalität jüdischer Siedlungen jenseits der „Grünen Linie“ – der Waffenstillstandsgrenze zwischen 1949 und 1967 – entziehe, was insbesondere die Ablehnung der Ansiedlung eigener Staatsbürger in der Westbank und in Ost-Jerusalem angehe, die von der gesamten internationalen Gemeinschaft geteilt werde.

Die politisch konservative Juristin zitiert dazu das „Rom-Statute“ von 1998² als Grundlage des jüngsten Berichts des UN-Menschenrechtsrates³. Es gebe, so Frau Gavison, nach offizieller israelischer Auffassung keinen Unterschied zwischen legalen und illegalen Siedlungen in der Westbank und in Ost-Jerusalem, ob es sich nun um Siedlungsblöcke (Gush Etzion, Jerusalem/Maale Adumim und Ariel) oder um isolierte Siedlungen (etwa im Jordantal)

¹ Ruth Gavison gehört zum Kreis der bedeutendsten Verfassungsrechtler Israels. Als langjährige Lehrstuhlinhaberin an der Hebräischen Universität in Jerusalem ist sie besonders mit Fragen ethnischer Minderheiten, der politischen Theorie und des Prozessrechts vertraut. Zwischen 1987 bis 1990 war sie Mitglied einer öffentlichen Kommission zur Klärung der Beziehungen zwischen orthodoxen und säkularen Juden in Israel. 2006 gehörte sie zur Kommission unter Eliyahu Winograd zur Untersuchung der Vorbereitungen auf den Krieg gegen die „Hisbollah“ im Libanon (vgl. die Eintragung am 17.09.2006 in der Menüleiste „Chronologie 2006“ dieser Homepage). Heute ist Frau Gavison Mitglied zur „International Commission of Jurists“. 2011 erhielt sie den prestigeträchtigen „Israel Prize“.

² Das „Rome Statute of the International Court“ begründete am 17. Juli 1998 den Internationalen Gerichtshof (ICC) mit Sitz in Den Haag und trat am 01. Juli 2002 in Kraft. Das Statut definierte vier internationale Verbrechen, die von Den Haag untersucht und verhandelt werden können, wenn Mitgliedsstaaten nicht in der Lage oder nicht willens sind, gegen Angeklagte vorzugehen, es sei denn dass der UN-Sicherheitsrat den Gerichtshof dazu auffordert: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggressionsverbrechen. Das Gericht kann gegen die Angeklagten Strafen bis zu 30 Jahre Gefängnis verhängen. Die USA, Russland, die Volksrepublik China, Indien, Pakistan, die Türkei und Israel sind keine Vertragsparteien.

³ Bericht „UN-Menschenrechtsrat fordert Israel ultimativ zum Rückzug aus der Westbank und Ost-Jerusalem auf“ in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage.

handele. Wenn die israelische Regierung gemäß dem Bericht von Edmond Levy⁴ an ihrer Position festhalte, dass sich Juden im gesamten ehemaligen britischen Mandatsgebiet niederlassen dürfen, würde Israel sich wachsender Kritik und sogar Sanktionen aussetzen.

Deshalb müsse die künftige Regierung über die Alternative eine Entscheidung treffen: entweder die Zwei-Staaten-Lösung unterstützen oder die Westbank weiter als Teil des jüdischen Heimatlandes betrachten. Wenn sie sich für den Levy-Bericht entscheide, müsse ihr klar sein, dass sie gegen die Geltung des internationalen Rechts handle und die ganze Welt gegen sich habe.

Gleichwohl vertritt die Autorin die Auffassung, dass Israel nicht jeden Zentimeter des 1967 eroberten Territoriums aufgeben muss. Seine Besetzung im Gefolge eines Verteidigungskrieges finde ihr Ende, wenn ein Vertrag über Sicherheitsangelegenheiten abgeschlossen werde, die dem ursprünglichen Konflikt zugrunde liegen. Bisher würden die Palästinenser einige legitime Bedenken Israels nicht ansprechen. Außerdem habe Israel mit der Behauptung Recht, dass die vollständige Distanzierung vom Siedlungsprojekt und der Ruf nach dem vollständigen Rückzug unrealistisch und der Suche nach einer Lösung nicht förderlich seien. Einige (Teil-)Gebiete würden bei Israel bleiben, während in anderen der Bau von Siedlungen nicht weiter erlaubt wäre. Die Entwicklungen in der Region würden überdies die Demilitarisierung des künftigen palästinensischen Staates und Sicherheitsarrangements zu Israels Gunsten erfordern. Dazu bedürfe es kreativer Lösungen, die auch die Interessen von Siedlern beachten müssten.

Frau Gavison schließt ihren Beitrag mit der Sorge, dass die gegenwärtige Politik bei der Mehrheit der Juden das Vertrauen in die Gerechtigkeit der eigenen Sache beschädigt. Der Verzicht auf einen Teil des Heimatlandes und die Anerkennung, dass hier auch ein anderes Volk lebe, bedeute keinen Verzicht auf die starken historischen Bindungen an das ganze Land. Nur durch das Angebot der palästinensischen Souveränität über einen Teil ihres Heimatlandes könne Israel zu Hause und im Ausland für die Realisierung der eigenen Träume Unterstützung einfordern. Dieses Angebot sei nicht nur eine Angelegenheit des internationalen Rechts, sondern auch der jüdischen Klugheit.

Mit dem Beitrag der Autorin dürfte ein interessantes Kapitel in der politischen Diskussion Israels eröffnet sein. In seinem Beitrag „Status quo of Israel’s West Bank occupation is catastrophic illusion“ für die „Haaretz“-Ausgabe am 13. Februar 2013 hebt Carlo Strenger hervor, dass die Autorin bekannt sei für ihre Sorgfalt und ihre Präzision in

⁴ Zusammenfassung des Levy-Berichts in der Menüleiste „Chronologie 2012“ dieser Homepage mit Datum 17.10.2012.

ihren Äußerungen: <http://www.haaretz.com/blogs/strenger-than-fiction/status-quo-of-israel-s-west-bank-occupation-is-catastrophic-illusion.premium-1.503346>.

By ignoring international law, Israel is only hurting itself

by Ruth Gavison⁵

Israeli government officials are absolutely correct to point out that the UN Human Rights Council is a biased, anti-Israeli body.

Nevertheless, one shouldn't ignore the recent report on West Bank settlements which was written on its behalf, since it reflects the maturation of a prolonged process, typical of international law.

The report reflects the views of the international community that sees Israel not only as an on-going occupier in the West Bank, but one that conducts itself as proprietary owners, perceiving their rights as overruling the Palestinians' quest for self-determination on part of their homeland.

It should be noted that in contrast to the Human Rights Council's report, which views the 1967 borders (the Green Line) as the only criterion for the legitimacy of Jewish settlement projects, the Israeli government has before it the report prepared by retired Justice Edmond Levy which states otherwise. This report, basing itself on the same international law, states that the entire West Bank is a legitimate target for Jewish settlement, subject to proprietary rights of Palestinian residents.

⁵ Erschienen am 08. Februar 2013 in „Haaretz“.

The state and its courts have done their utmost to avoid taking an unambiguous stand regarding the legality of Jewish settlement beyond the Green Line in the context of international law. The courts have dealt mainly with property rights of individual Palestinians, such as in the case of Elon Moreh⁶, where expropriation of private land by settlers was forbidden. However, the courts have never addressed the significance and ramifications of the injunction against an occupying state transferring its population into conquered territories. The international community was always critical of the settlement enterprise, but the terminology used was more vague, such as "obstacles to achieving peace," rather than explicitly about its illegality, as is now the case.

The Rome Treaty of 1998 that established the International Criminal Court laid the foundation for the UN's new report. The treaty explicitly defined the transfer of population to occupied territories by a victorious combatant as a war crime. This treaty had the Israeli-Palestinian conflict in mind when choosing the wording of this definition.

Thus, the declared and consistent policy of transferring Israeli citizens into the West Bank, in the context of a territorial dispute, is now perceived not only as undesirable, but as patently illegal in the eyes of the entire international community, including the United

⁶ Die Siedlung Elon Moreh („Therebinte von Moreh“, Gen. 12,6), die erste im nördlichen Teil („Samaria“) der Westbank, wurde im Februar 1980 auf jordanisches Staatsland verlegt, nachdem 1979 von Seiten des Obersten Gerichtshofs ein abschließendes, über rechtsförmige Zweifel erhabenes Votum nicht zustande gekommen war, weil es ein generelles Urteil über die Legalität ziviler Siedlungen vermied und sich von Fall zu Fall äußern wollte. In der Folgezeit kam es kontinuierlich zu Verfahren, wenn es um die Konfiszierung von Böden zwecks Befriedigung von politischen, infrastrukturellen (Anlage von Überlandstraßen), militärischen oder Sicherheitsbedürfnissen ging oder wenn es sich um palästinensische Wohnrechte, Familienzusammenführungen, langwierige Verwaltungshaft ohne Verfahren oder die Bewegungsfreiheit, Häusersprengungen und um Deportationen handelte.

States. This puts Israel on a collision course with international opinion, and it's only bound to get worse.

Changing the debate over the settlement enterprise into a legal one is indeed bad for Israel. There is no distinction between legal and illegal settlements, as judged by Israel, or between Jerusalem, settlement blocs or more isolated settlements. The new discourse entirely ignores local political and security considerations and does not encourage negotiations and mutual concessions. It was understandable, therefore, that Israel objected to including this topic in the Rome Treaty, but it was overruled.

If Israel continues to argue that it is permissible for Jews to settle anywhere in Mandatory (pre-1948) Palestine (other than on private land), which is what the Levy report recommends, rather than claim that this was how it interpreted international law until the issue was clarified, the country and its leaders will face mounting criticism and even sanctions.

After a deliberate suppression of the topic during the election campaign, the new government will have to decide: It must declare either that it supports a two-state solution or that it continues to see the West Bank as part of the Jewish homeland. It must be aware of the fact that the second choice, based on the Levy report, will be an explicit rejection of the commitment to the concept of international law, as perceived by the entire world.

So, in fact, the government has no choice. It's time that it accepted the fact that, even according to its own courts, these are occupied (or held) territories. As such, they are not part of the state and no "annexation" can alter this fact. According to international law, a country cannot act as the owner of such lands and settle them with its citizens. Such conduct is no longer merely forbidden, but now constitutes a crime.

The government's obligation does not constitute "surrender" to its enemies, but rather recognition of its commitments to international standards and statutes, as well as Israel's best interests. Thus, it is of vital urgency that Israel makes a distinction between settlements that are already established, and thus probably not subject to the treaty's clauses, and settlements not yet built. Negotiations should be based on this distinction.

Not every inch of conquered territory must be repatriated. A conquest that follows a defensive war is terminated when an agreement is reached over security concerns that may have underlain the original conflict. The Palestinians are currently not addressing some of Israel's legitimate concerns.

There is also some weight given to facts that were established on occupied territory, even if they turn out to have been unlawful, and to the length of time that has elapsed, not all of which was the fault of Israel. Israel is right in arguing that a total dismissal of the entire settlement project and a call for full withdrawal is unrealistic, and not conducive towards finding a solution. It is obvious that some areas will remain within Israel and construction there should be allowed, as opposed to construction in other areas.

Importantly, developments in the region require demilitarization and security arrangements that will not endanger Israel. It is important to seek creative solutions that will minimize the uprooting of Jewish settlers from homes they have lived in for more than a generation. All these considerations disappear when Israel conducts itself as the sole owner of Area C. If Israel persist in its stance that "it's all mine," it is likely to be countered with "it's all theirs," rather than with compromise.

Israel should submit a proposal for solving the conflict in which it relinquishes its claims to the entire area, and recognize the Palestinians' rights for self-determination in part of their homeland, subject to adequate security arrangements. Any further construction should be limited to areas that are likely to remain part of Israel. In practice, all Israeli governments have adopted this stance, which has raised the ire of the right. This was done by the Olmert government⁷ and by Netanyahu in his Bar-Ilan speech⁸ and at the UN⁹. This is also reflected in the route followed by the separation fence, despite claims that security considerations were the primary concern.

For many years now, Israel's governments have distinguished between areas within this fence, including Jerusalem and settlement blocs, and those that are beyond this fence, where Israel does not build and occasionally even acts against private initiatives. However, this has never been openly stated. The policy is also often accompanied by a wink and a nod to the settlers in their expansion endeavors, as well as by imposing restrictions on Palestinians on their own land. In its stuttering, the government does not win over supporters of the settlement movement but it does distance itself from the international community and from many Jewish citizens of Israel.

The establishment of Israel and its achievements are incredible by any standard. It would be a shame to risk it all, along with the faith in the justice of our cause shared by the majority of Jews who wish to live here as a free people on its land. The Palestinians erred in 1947, and again when they later underestimated the determination of

⁷ Zusammenfassung des „Vermächtnis-Interviews“ von Ehud Olmert in der Menüleiste „Chronologie 2009“ dieser Homepage mit Datum 29.09.2009.

⁸ Zusammenfassung der Rede Netanjahus in der Menüleiste „Chronologie 2009“ dieser Homepage mit Datum 14.06.2009.

⁹ Im September 2011 und im September 2012.

Israelis to preserve their home and independence. Israelis would do well not to underestimate the Palestinian struggle against the occupation, viewing it as an anti-Jewish campaign.

Conceding part of our homeland, recognizing that another nation also lives here is not a relinquishing of our strong historic ties to the entire land. Only by offering Palestinians sovereignty over part of their homeland can Israel demand support at home and abroad for the realization of its own dreams. Only this will isolate those who call for the enforcement of international law in order to destroy Israel's independence in any part of the land.

This is not only an issue of international law, but of Jewish wisdom. "Do not do unto others what is hateful to you" is not only a moral imperative, but also a practical one. Trying to over-reach may leave one empty-handed. It is said that "Zion will be redeemed by law" – this does not concord with use of force or with waiting for miracles from above.
